

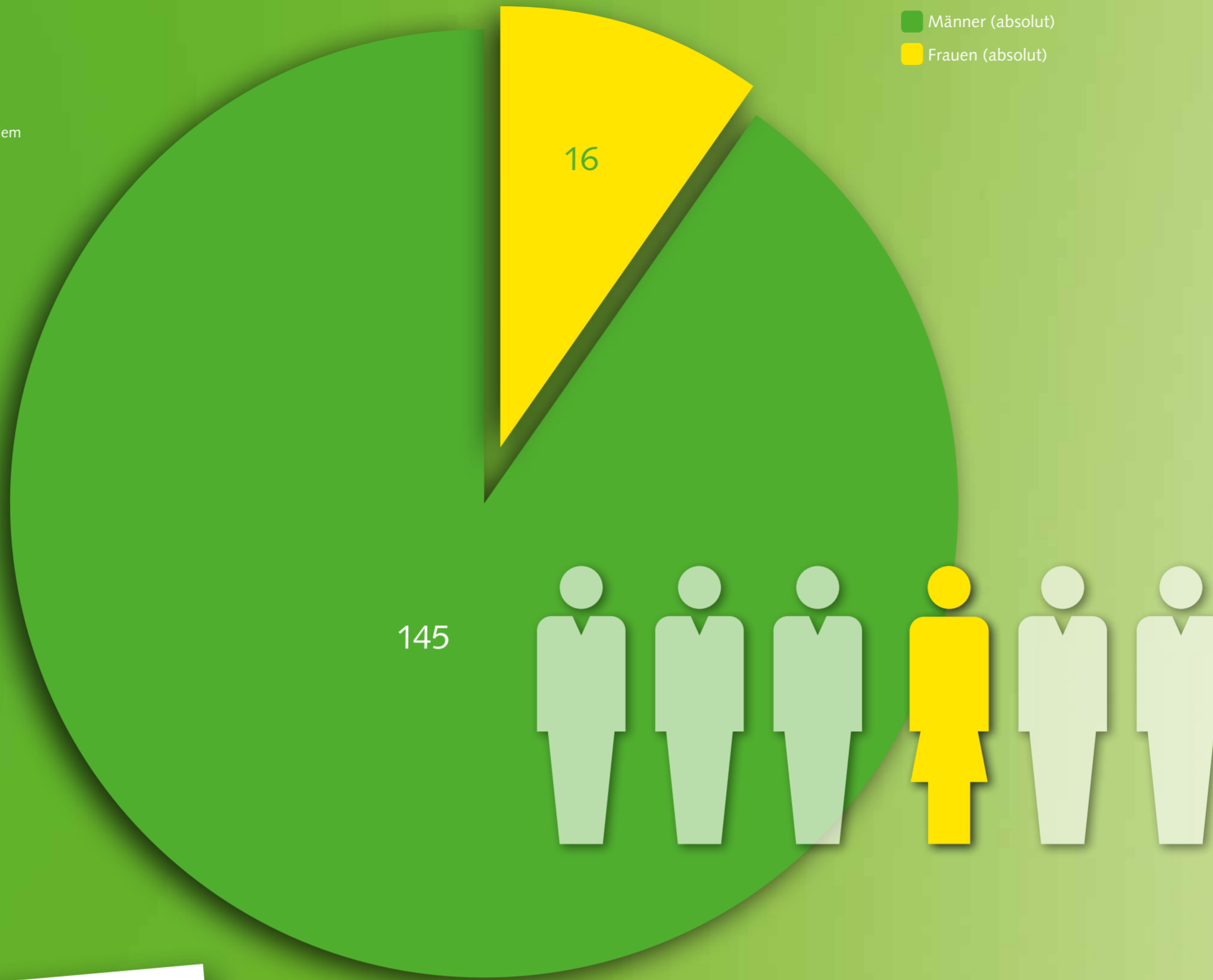
## Frauen in der Führungsebene? Nicht in Thüringen!

Ist Thüringen Vorreiter in Sachen Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt? Leider nein.

In unserer Großen Anfrage fragten wir nach der Repräsentanz von Frauen in Aufsichtsräten und Beiräten sowie in landeseigenen Einrichtungen und Institutionen, in die der Freistaat Thüringen VertreterInnen entsendet.

Es zeigte sich, dass von den 161 Vorständen, Verwaltungsräten, Beiräten, Aufsichtsräten, Geschäftsführern und ähnlichen EntscheidungsträgerInnen nur 16 Frauen sind. Ein Anteil von unter zehn Prozent. Zählt man die entscheidende Führungsebene zusammen, also Vorstand und Geschäftsführung, sind es sogar nur noch drei Prozent Frauen.

In der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG) findet sich exakt eine Frau in der Führungsebene wieder. Bei 27 Kollegen macht das einen Anteil von unter vier Prozent. In sieben landeseigenen Einrichtungen und Institutionen, in die der Freistaat Thüringen VertreterInnen entsendet, finden sich ausschließlich Männer in Aufsichtsräten und Beiräten. Wir finden: Es wird Zeit für echte Chancengleichheit. Frauen verdienen mehr!



## Gute Löhne in der Sozialwirtschaft – Was ist zu tun?

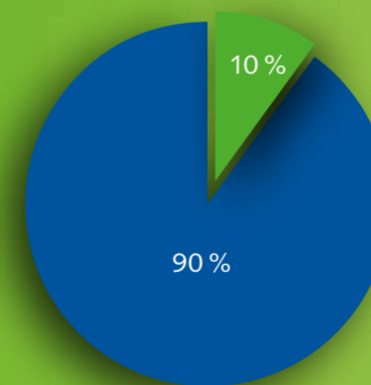
Es betrifft die Pflegerin, die viele Stunden Ältere und Hilfsbedürftige versorgt, die Verkäuferin im Supermarkt und die Hebamme in der Klinik. Überproportional viele Frauen sind in Thüringens Sozialwirtschaft tätig und leisten unverzichtbare Arbeit. Doch weder ist diese Branche dem TMWAT ein Kapitel im Trendatlas wert, noch haben insbesondere die Gesundheitsberufe eine echte Lobby in der Landesregierung. Frauen wünschen sich nicht nur eine bessere Anerkennung ihrer Arbeit, sondern eine angemessene Bezahlung, bessere Aufstiegschancen und tragfähige Konzepte zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

\* **Eine bessere Anerkennung, insbesondere im Gesundheitswesen, heißt:** Es muss Schluss sein mit „viel Dienst – wenig Verdienst“ – insbesondere im Gesundheitswesen. Fürsorge ist in unserer Gesellschaft ein Wert an sich, aber dafür muss unser Gemeinwesen auch einstehen und endlich höhere Löhne akzeptieren. Nur so ist beispielsweise der Pflege- und Hebammenberuf auch für Nachwuchskräfte attraktiv. (Pflegebranche stärken und dem Pflegemangel begegnen!, Drs. 5/5085, Berufsstand der Hebammen und Entbindungshelfer retten – Ergebnisse des IGES-Gutachtens umsetzen, Drs. 5/4550)

\* **Eine angemessene Bezahlung bedeutet:** Wir brauchen einen gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohn. 43 Prozent der in Thüringen beschäftigten Frauen verdienen unter 8,50 Euro in der Stunde. Bei den in Thüringen beschäftigten Männern beläuft sich der Anteil auf 21 Prozent. Ohne einen gesetzlichen Mindestlohn wird die Lohnschere immer weiter auseinanderklaffen. (Thüringer Mindestlohngesetz, ThMLG, Drs. 5/4464)

\* **Frauen brauchen mehr Aufstiegschancen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Eine kluge und moderne Familienpolitik ist dafür ebenso Voraussetzung wie flexible Arbeitszeitmodelle und ein Mentalitätswandel in den Unternehmen. Was es nicht braucht, ist ein Landeserziehungsgeld oder ein Betreuungsgeld, das unseren modernen und vielfältigen Familien nicht gerecht wird. (Echte Wahlfreiheit schaffen – Betreuungsgeld stoppen, Drs. 5/4356; Gesetz zur Aufhebung des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes, Drs. 5/1765)

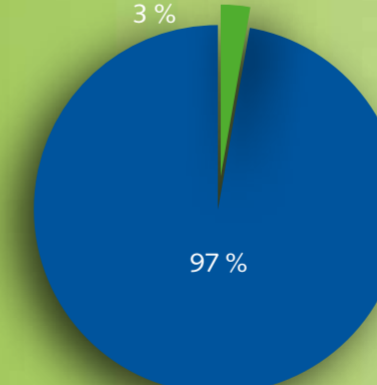
Verteilung Männer und Frauen  
in Führungspositionen



Männeranteil

Frauenanteil

Frauenbeteiligung  
in der obersten Führungsebene



### IMPRESSUM

Eine Publikation von:  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Landtagsfraktion Thüringen  
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt  
Telefon: 0361/37 72 670  
E-Mail: info@gruene-fraktion.thueringen.de  
Internet: www.gruene-fraktion.thueringen.de  
V.i.S.d.P.: Silke Fließ  
Redaktion: Theresa Junge

Gestaltung und Satz: Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Erfurt  
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Diese Broschüre ist auf Recyclingpapier aus 100 Prozent Altpapier (zertifiziert mit dem Blauen Engel) gedruckt.

### ONLINE-ANGEBOTE DER FRAKTION

Auf unserer Website [www.gruene-fraktion.thueringen.de](http://www.gruene-fraktion.thueringen.de) stehen für Sie immer umfangreiche Informationen zu aktuellen Themen bereit, unter anderem:

Clip: Equal Pay Day  
<http://gruenlink.de/j6u>

Große Anfrage: Soziale Mobilität  
<http://gruenlink.de/j6w>



Beschluss: GRÜN. Besser leben in Thüringen  
<http://gruenlink.de/j6y>



Besuchen Sie uns auch im Social Web!



ARBEITSMARKT & SOZIALES

Mehr Infos unter: [www.gruene-fraktion.thueringen.de](http://www.gruene-fraktion.thueringen.de)

## Equal Pay? Nicht in Thüringen!

Ungerechtigkeiten zwischen Frau und Mann in der Arbeitswelt





## Equal Pay? Nicht in Thüringen!

Gravierende Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen sind auch im Freistaat noch immer bittere Realität. Unsere Landtagsfraktion setzt sich für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ein – und für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Bestmögliche Kinderbetreuung, ein Mindestlohn, ein Gleichstellungsgesetz und eine verbindliche Frauenquote sind wesentliche Instrumente dafür.

Wir wollen all das anpacken, damit „Equal Pay“ – die Gleichbezahlung und Gleichbehandlung von Frauen und Männern – auch in der Arbeitswelt endlich Wirklichkeit wird.

Ihre Anja Siegesmund  
Fraktionsvorsitzende  
Sprecherin für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

## Frauen im Minijob: Gefangen in der Armutsfalle

Minijobs sind eine Sackgasse. Sie führen nicht aus der Armut heraus, sondern geradewegs in die Altersarmut hinein. Die Hoffnungen, die mit der Förderung von Minijobs als Brücke in reguläre Beschäftigungsverhältnisse verbunden waren, haben sich nicht erfüllt. Und Frauen sind dabei die großen Verlierer.

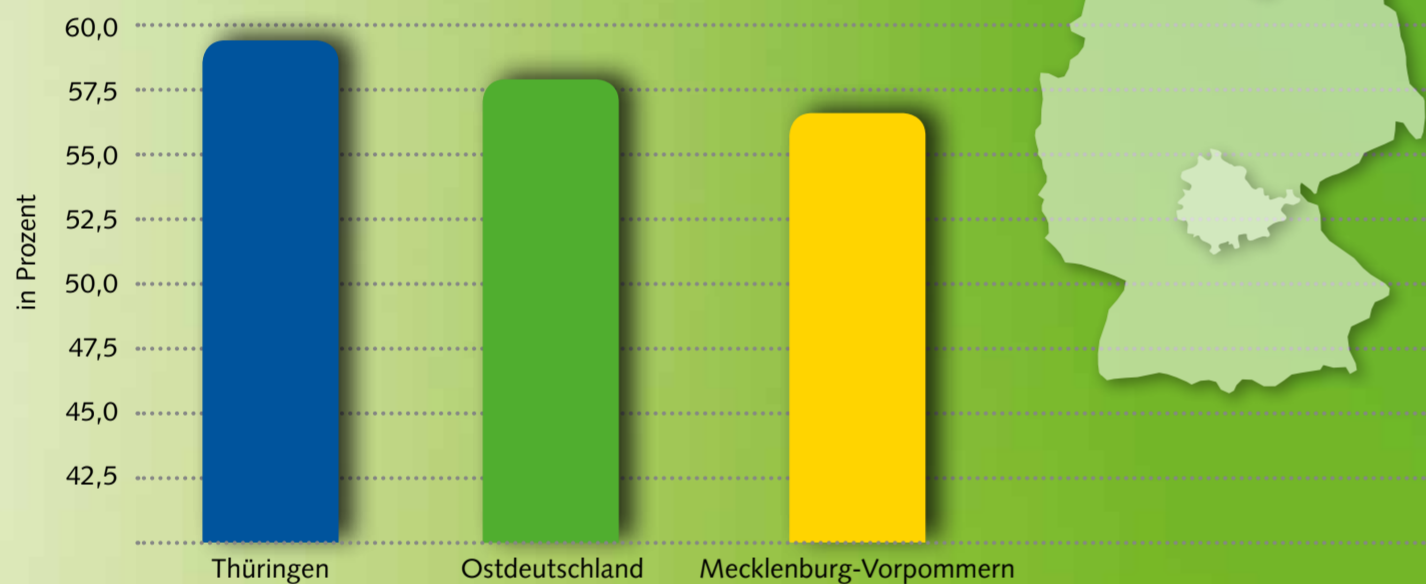
Selbst eine von Bundesministerin Kristina Schröder beauftragte Studie kommt zu dem Schluss, dass Frauen künftig kaum die Möglichkeit haben, im Falle von Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Tod des Partners, die finanzielle Existenzsicherung für ihre Familie und sich selbst zu erwirtschaften, geschweige denn für ihre Alterssicherung zu sorgen. Die ausschließliche Tätigkeit in Minijobs bedeutet nichts anderes als die lebenslange ökonomische Abhängigkeit von Frauen.

In Thüringen arbeiten zwar wie in ganz Ostdeutschland weniger Frauen in Minijobs als im Bundesvergleich. Allerdings stagnieren die Zahlen seit 2003 bei etwa 59 Prozent der geringfügig entlohnten Beschäftigten, während der Trend bundesweit abnimmt. Der Vergleich mit Mecklenburg-Vorpommern zeigt zudem: Es geht auf jeden Fall besser!

Deshalb wollen wir auf Bundesebene den Niedriglohnsektor neu ordnen. Das Ziel muss die Förderung und Stärkung von existenzsichernder und sozialversicherungspflichtiger Arbeit sein. Kleine Einkommen müssen entlastet werden. Steuer- und Abgabenpolitik müssen aufeinander abgestimmt sein, die sozialen Transfers bis hin zur Familienpolitik müssen sich an diesem Ziel orientieren.

(Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 5/4217, Soziale Mobilität, sozialer Aufstieg und Bedingungen für Chancengerechtigkeit in Thüringen, Frage 8.32)

### Frauenanteil geringfügig entlohnter Beschäftigter, Juni 2012



## Gleichberechtigung in der Wissenschaft: Fehlansage

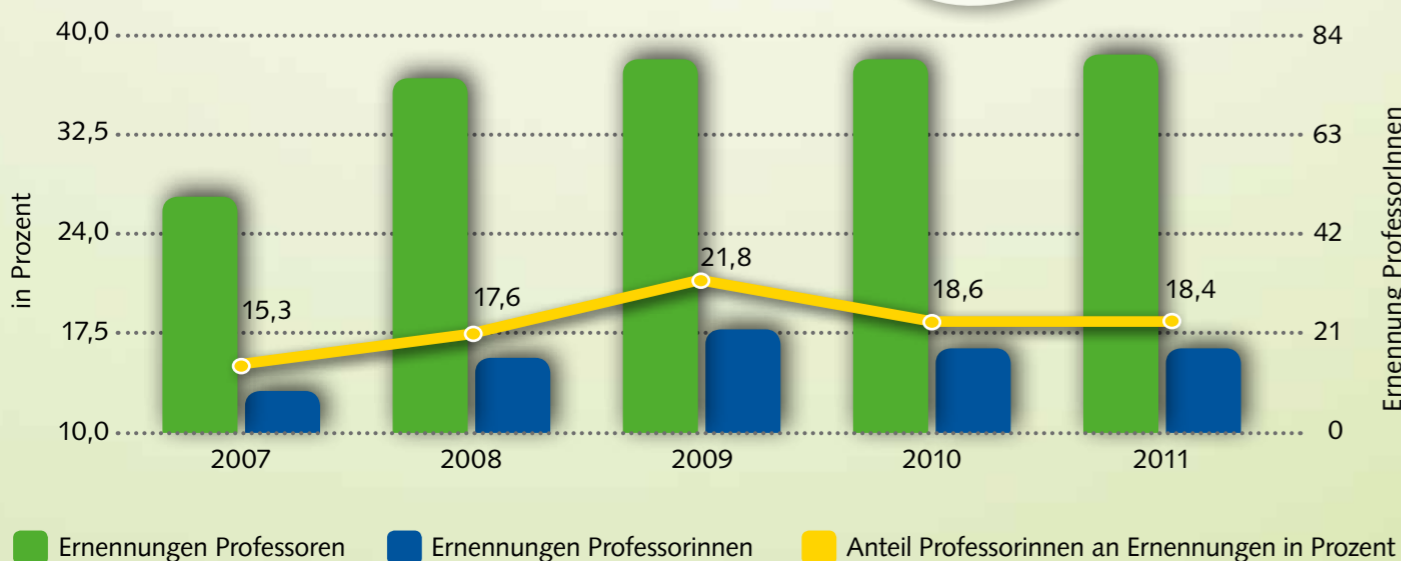
Nach wie vor zeigen sich deutliche Unterschiede in der Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen in der Arbeitswelt. Dies ist selbst im öffentlichen Dienst der Fall, zum Beispiel bei der Besetzung von ProfessorInnenstellen. Seit Jahren stagniert hier der Anteil von Frauen bei Ernennungen auf einem viel zu niedrigen Niveau. Von den 98 Ernennungen im Jahr 2011 waren gerade einmal 18 Frauen. Das entspricht etwa 18 Prozent.

Der Verweis auf den vermeintlich hohen Anteil der mathematisch-technischen Fächer als Erklärung trägt nicht. Auch an den Universitäten Jena und Erfurt sowie dem Universitäts-Klinikum Jena war der

Frauenanteil nicht höher. Tatsächlich erreichen die Fachhochschulen bei den Ernennungen der letzten Jahre einen Anteil von über 40 Prozent (2008 und 2009). Die Zahlen legen also nahe, dass es eben nicht an der Fächerstruktur liegen kann, dass wir noch sehr weit von einer selbstverständlichen Gleichstellung im Hochschulbereich – und leider nicht nur dort – entfernt sind.

Wer gleiche Chancen für Frauen und Männer will, muss entsprechend handeln! Wir fordern deshalb weit mehr als nur die Frauenquote, um Frauen endlich angemessen in Spitzenpositionen vertreten zu wissen. Wir brauchen auch ein Umdenken der Unternehmen und ein Umsteuern in der Familienpolitik.

### Ernennung von Professoren und Professorinnen in Thüringen, 2007–2011



## Equal



## Nicht in Thüringen!

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN  
LANDTAG THÜRINGEN

## Altersarmut: Frauen werden abgehängt

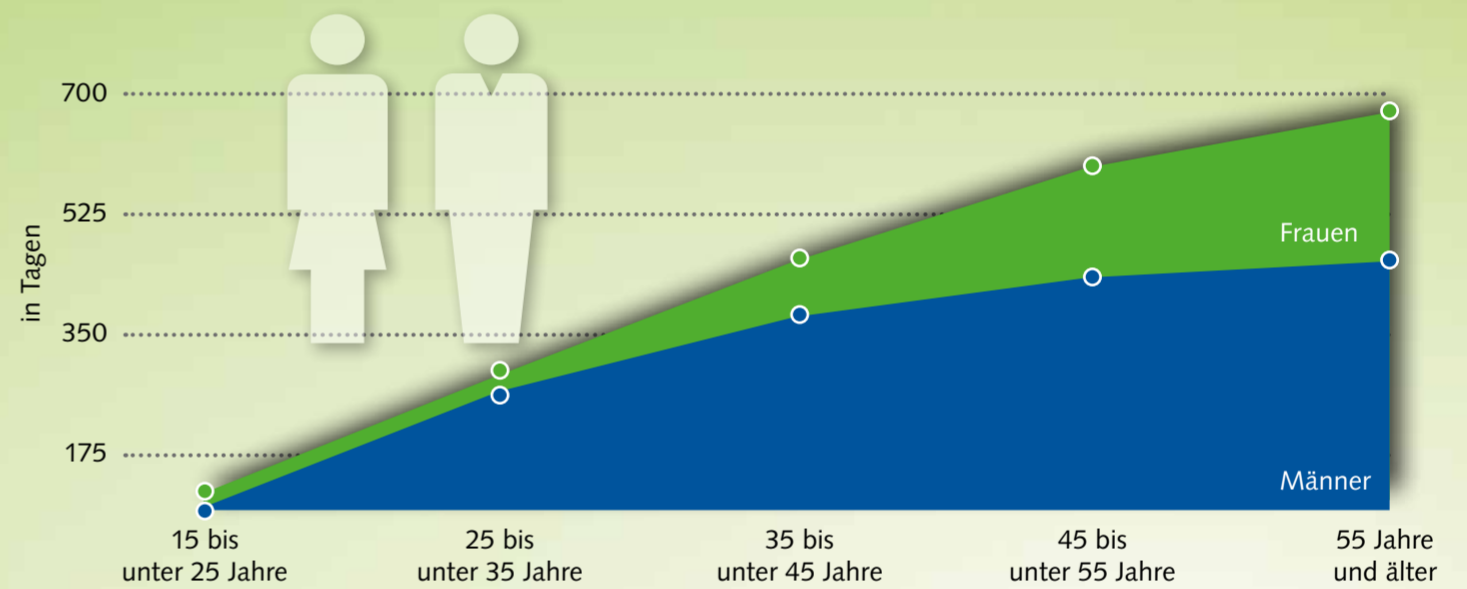
Schon beim Berufsstart als junge Erwachsene zeigen sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern. So suchen junge Frauen zwischen 15 bis 24 im Durchschnitt 15 Tage länger bis sie einen Job gefunden haben. Erschreckend ist dann aber, dass der Unterschied mit zunehmendem Alter ansteigt. Die Große Anfrage unserer Fraktion zur sozialen Mobilität zeigt klar auf, dass der Unterschied zwischen 35 und 44 Jahren bereits auf 83 Tage ansteigt und Frauen im Alter von über 55 Jahren durchschnittlich sogar ganze 216 Tage länger

nach einer neuen Arbeit suchen müssen als ihre männlichen Kollegen. Mit zunehmendem Alter werden Frauen auf dem Arbeitsmarkt abgehängt. Je länger die Arbeitslosigkeit, desto geringer am Ende die Rentenansprüche. Deswegen droht gerade Frauen die Altersarmutsfalle im Rentenalter.\*

Wir brauchen deshalb eine gezielte Förderung in der Arbeitsmarktpolitik von Frauen ab 35 Jahren, die deren familiären Verpflichtungen – Kinder oder Pflege der eigenen Eltern – besser gerecht wird.

\*(Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 5/4217, Soziale Mobilität, sozialer Aufstieg und Bedingungen für Chancengerechtigkeit in Thüringen, Anlage zu Frage 8.2, Statistik der Bundesagentur für Arbeit)

### Dauer der Arbeitslosigkeit



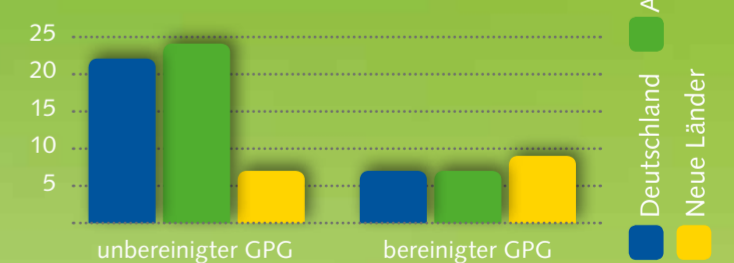
## Gender Pay Gap – Lohnungleichheit: Im Osten ist es noch unfairer

In Ostdeutschland liegt der unbereinigte Gender Pay Gap (GPG) generell deutlich unter jenem der alten Bundesländer. Vergleicht man den GPG Deutschlands mit anderen EU-Staaten und bezieht zusätzlich die ostdeutschen Bundesländer, bzw. Thüringen mit ein, so scheint das Problem der ungerechten Löhne von Frauen und Männern vor allem ein westdeutsches Problem zu sein.

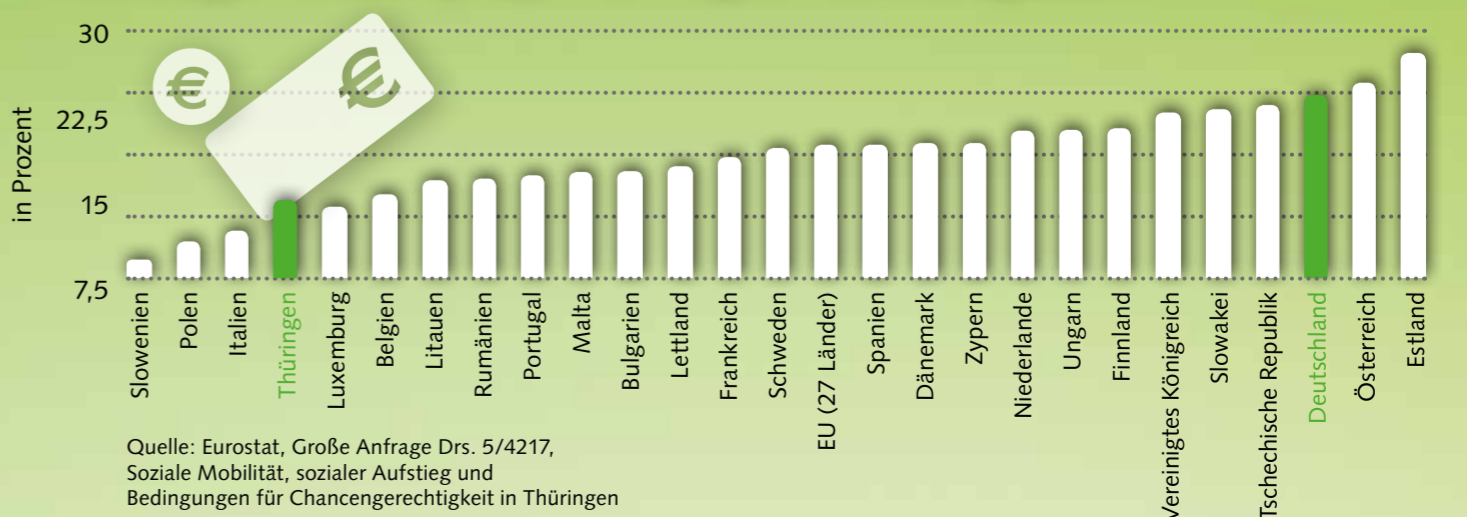
Scheinbar! Tatsächlich steht Thüringen, zusammen mit den anderen ostdeutschen Bundesländern, sogar schlechter da, wie aus der oberen Grafik hervorgeht. Hier schauen wir nicht mehr auf den unbereinigten GPG, sondern rechnen die erklärten Gründe für die Unterschiede der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste heraus (Unterschiede in den Branchen und Berufen, in denen Frauen und Männer tätig sind, ungleich verteilte Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation, Verteilung von Teilzeit- oder geringfügig Beschäftigten).

Übrig bleibt etwa ein Drittel als „unerklärter Rest“, der nun für die Verdienstunterschiede von Frauen und Männern mit vergleichbaren Eigenschaften verantwortlich ist. Dieser bereinigte GPG liegt in den ostdeutschen Bundesländern paradoxerweise über dem unbereinigten. Das Statistische Bundesamt schreibt dazu kurz und knapp: „Das heißt, dass in Ostdeutschland beschäftigte Frauen verglichen mit Männern in der Summe über Eigenschaften verfügen, die eigentlich einen höheren durchschnittlichen Bruttostundenverdienst als den der Männer rechtfertigen würden.“ Mit anderen Worten: im Osten müssten wir eigentlich für Frauen mehr als „nur“ 100 Prozent fordern!

### Unbereinigter und bereinigter Gender Pay Gap (GPG), 2010



### Unbereinigter Gender Pay Gap im EU-Vergleich und Thüringen, 2011



Quelle: Eurostat, Große Anfrage Drs. 5/4217, Soziale Mobilität, sozialer Aufstieg und Bedingungen für Chancengerechtigkeit in Thüringen